



DER LINKER !!!



Landessozialgericht
Rheinland-Pfalz
Ernst-Ludwig-Platz 1
55116 Mainz

Arno Wagener
Hauptstr.67
66871 Theisbergstegen
fon ++ 49 [0] 178 96194 95
@ arno@humaneearthling.org

Godelhausen, den 06.08.2023

IHRE AZ :

DIVERSE BESCHWERDEVERAHREN !!!
L 1 SO 41/23 KL + L 3 AS 114/23 KL

KLAGE / BESCHWERDE
QUERULANZ ~ KLIMA ~ TEILHABE

Antragstellungen, so auch Eingaben bei der Gerichtsbarkeit, sind ein viel zu wenig gewürdigter Bestandteil der Gegenwartsliteratur ...
Randbemerkungen zu **PLANSPIEL** Tag 8313 (H I S T O R Y)
Time is on my side, 1964, The Rolling Stones
Tag 0001 : 01.11.2000

Sehr geehrte/r Frau / Herr Richter*in beim Landessozialgericht in Mainz . . .
Ihr Schreiben [~ Beschluss ~] mit Datum vom 26.06.2023 !
Dann das Schreiben, dazu folgend, mit Datum vom 30.06.2023 !
Dann ein Schreiben mit Datum vom 10.07.2023 + 24.07.2023 und dann das
bisher letzte Schreiben mit Datum vom 03.08.2023 zum Audio-Mitschnitt !

Meine bisher letzten Schreiben in dieser Angelegenheit :
Vom 22.05., 06.06., 09.06., 11.06., 14.06.23, und auch 17.06.2023 !
In dem bisher letzten Schriftsatz mit Datum vom 11.07.2023 habe ich den Sachverhalt ja erneut der
Gerichtsbarkeit geschildert, sowie dort die bisher erfolgten Schriftsätze / Beweismittel der im Rahmen
Ihrer Amtsermittlungspflicht zu prüfenden Aktenlage komplett aufgelistet; welche bei dieser Klage, dem
Verfahren oder eben diesem Rechtsstreit, so benannt vom Kläger / Beschwerdeführer / Antragsgegner als
„ Querulanz “, in dem es u.A. auch um Krankenversicherungsunternehmen, i.d.S. ja ebenfalls Träger der
öffentlichen Gewalt und in der erstinstanzlichen Zuständigkeit des LSG RLP gemäß § 29 Abs. 2 ff. SGG,
diese Teilhabe pp und gerade auch um eine anscheinend strukturell bedingte systemimmanente
Diskriminierung (allererster Güte) bei 'Menschen mit Behinderung' im Autismus-Spektrum, i.d.S. pp, geht.

*Auf die Gefahr mich zu wiederholen, was so wirklich bei einem dem LSG RLP
seit 2020 hinlänglich bekannten Sachverhalt ja nun wirklich nicht verwundert !
Ich verstehe die Handhabung und Vorgehensweise der Gerichtsbarkeit nicht !
Also wirklich und ganz ehrlich gar nicht ! Auch vermisste ich immer noch eine
Bestätigung bzw. Erwiderung zu der in dieser Art & Form [= Siehe die mit dem
Schreiben vom 06.06. eingereichte ANLAGE 01 (UMFANG / INHALT Klage / Beschwerde + Rechtsstreit /
Verfahren 9 Seiten) !] ganz exakt beantragten / beanspruchten \ begründeten PKH !!!*

Und verzeihen Sie, also die werte und natürlich hoch verehrte Gerichtsbarkeit, den
farblich aufgepeppten Schriftverkehr. Das wird in Zukunft ja noch viel 'schlimmer' !
Wie Ihnen bereits mehrfach mitgeteilt handelt es sich dabei um eine ja geradezu
notwendige Öffentlichkeitsarbeit bei der anscheinend, so meine Schlussfolgerung(en)
nach den letzten Schreiben des LSG RLP, keinesfalls bestehenden "Gewaltenteilung"
bzw. der für den Kläger / Beschwerdeführer – durch eine erneut vom Gericht so
widerrechtlich gehandhabte – nicht als angemessen zu wertenden „Waffengleichheit“
bei diesem feinen Match ! *Wenn Sie mir diesen Sprachgebrauch bitte verzeihen !*

• Kreative Planung • | Sozialisierung unserer Marke in den digitalen Zeiten ! •
— Beratung und Organisation zur Selbsthilfe und von Interessengruppierungen —

: Erwerbslosenverband Deutschland [e.V. i.Gr.] :
: http://www.erwerbslosenverband.org :
: NEU + COOL ! FUN'D'RAISER! 02 = http://www.schema3.org/project/wahl2023 =





ZUR ERWIDERUNG u.A. IHRES SCHREIBEN „ AUDIO-MITTSCHNITT “ seitens dem Justiziar Herr Ass. jur. Peter Simon in Vertretung für den in Gänze als Beklagte (pp) bezeichneten Landkreis Kusel incl. der Kreisverwaltung :

Mitteilung (~ Also gewissermaßen die offizielle Rechtsauskunft eines Justiziar ! ~) von Herr Ass. jur. Peter Simon an das Landesozialgericht Rheinland-Pfalz mit Datum vom 31.07.2023, auf Grund einer Anfrage des LSG RLP am 10.07.2023 zum seitens des Gericht von der eigentlichen Klage / Beschwerde (AZ : L3 AS 41/23 KL) abgetrennten - so vom Kläger beanstandeten - Verfahren mit dem AZ L 3 AS 114/23 KL !

[1] Ein Audio-Mitschnitt des Termins mit dem Psychologen Janzen aus 11/2020 ist nicht existent.

Der entsprechende Aktenvorgang des Referats Markt und Integration des Beklagten ist beigelegt.

[2] Die umfangreichen Schriftsätze des Klägers lassen, soweit sie überhaupt sprachlich und sachlich nachvollziehbar sind, keinen in der Sache erheblichen Vortrag erkennen.

[3] Der einkommenslose Kläger enthält den Regelsatz und Kosten der Unterkunft ohne Kürzungen, was auch den in der Akte befindlichen Bescheiden zu entnehmen ist.

[4] Die klägerischen Schriftsätze bieten auch im Übrigen keinen erwidernsfähigen Inhalt.

[5] Der Kläger möge bei der bevorstehenden Begutachtung hinsichtlich seine Erwerbsfähigkeit durch das Gesundheitsamt und der Deutschen Rentenversicherung nunmehr mitwirken.

[1] Diese Abschrift des Audio-Mitschnitt wurde vom Kläger ja nun schon seit fast 2½ Jahren beansprucht. Es erscheint als völlig widersprüchlich erst jetzt eine Existenz dieses Beweismittel zu verneinen ! + ?

[3] Dieser so von Herr P. Simon dargestellte Sachverhalt entspricht nicht der Realität ! **Siehe Anlage !**

[2] [4] Schriftsätze des Beklagten an das Gericht lassen, soweit sie überhaupt sachlich nachvollziehbar sind, keinen der Sache sachdienlichen Vortrag erkennen. Die beklägerischen Schriftsätze bieten auch im Übrigen keinen erwidernsfähigen Inhalt. Also nicht wirklich ! Das sollte dem Gericht doch bekannt sein ! + ?

[5] Das entspricht so nicht der Wirklichkeit ! Siehe dazu das Schreiben DRV per Mail vom 11.07.2023 !

Auf die Gefahr mich in Wiederholungen zu verlieren ! Mitteilung so an Herr RFL Körbel vom Team M & I.

Ich hatte den Sachverhalt einer bewussten Irreführung der Gerichtsbarkeit *zwecks einer anscheinend dadurch beabsichtigten Schädigung des Klägers* (pp) durch den Justiziar (in Vertretung für den Landkreis Kusel) schon seit Jahren mehrfach beim SG Speyer und dem LSG RLP in Mainz angemahnt. Es ist ja die Regel ! Und ebenso hat es den Anschein, dass die Gerichtsbarkeit bei der ' unparteiischen ' Wertung des ja wesentlichen Streitpunkt bei diesem Verfahren (AZ : L3 AS 41/23 KL + AZ L 3 AS 114/23 K) nach wie vor den Ausführungen Ihres Kollegen (geradezu bereitwillig) Folge leistet.

Auch entbehrt die Teilung dieser Klage / Beschwerde vollkommen einer Berücksichtigung real bestehender Realitäten ! Der Umfang und Inhalt dieser doch einigermaßen klar artikulierten Beschwerde / Klage richtet sich dabei auch gegen die „ staatliche Obrigkeit “ in Gänze ! Diese Zwangsverpflichtung zum Bezug von Sozialleistungen und – so der Sprachgebrauch des BVerfG – diese Degradierung zu einem bloßen Objekt staatlicher Willkür besteht ja nun schon mehrere Jahrzehnte. Und, wie dem Landgericht bekannt, hier in Rheinland-Pfalz nun auch schon ein paar Jahre.

ANDERE SACHE bzw. ja eigentlich doch genau das Gleiche !

Ich kann nicht beurteilen, ob dass jetzt Rechts – bzw. Amtsmissbrauch und eben eine fortgesetzte Verfahrensverschleppung ohne wirklich gewährtes rechtliches Gehör (etc. usw. pp) ist bzw. war. Jedoch sollte seitens des Gericht meine Forderung eines persönlichen Gesprächstermin der Beteiligten zwecks umgehender und Zeit nahe außergerichtlicher Klärung des Sachverhalt ermöglicht werden. **Auch** bietet die rheinland-pfälzische Sozialgerichtsbarkeit neben der richterlichen Streitentscheidung und dem gerichtlichen Vergleich den Beteiligten eines Gerichtsverfahrens **die Möglichkeit der Streitbeilegung durch die Durchführung eines Güterichterverfahrens** (§§ 278 Absatz 5 Zivilprozessordnung - ZPO- in Verbindung mit 202 Satz 1 Sozialgerichtsgesetz - SGG) an, **was so dann doch sicherlich im Interesse der SteuerzahlerInnen, des Gericht und ebenso Ihrem Kollegen Herr Justiziar Ass. Peter Simon, wäre ? + !**

Hochachtungsvoll + MfG

Arno Wagener

P S : PKH ! Die Berechtigungsscheine wurden vom Amtsgericht Kusel abgelehnt ...

P P S : ANLAGE ! Schreiben 08.06.2023 an das 'Jobcenter Landkreis Kusel' (1 Seite)

wegen der seit Februar 2023 erfolgten Kürzung der Leistungen. Ich bin da jetzt – **Wie dem Gericht ja hinlänglich durch die Aktenlage bekannt ist das ganz normal !** – ohne eine Erwiderung oder gar Bescheid oder ein so lt. Schreiben vom 19.03.2023 erforderliches Widerspruchsverfahren seitens der bzw. des Beklagten, i.d.S. des Werkleiter / Geschäftsführer ' Jobcenter Landkreis Kusel ' Herr Ass. jur. Peter Simon, erhalten zu haben – *glaube ich bei Mahnung № 5 (i) !* Und bald gelten statt mtl. 50 € Kürzung des Lebensunterhalt als 'Unangemessenheit' 500 € + tatsächlich anerkannte Mietkosten i.H. von 120 € ! Das ist dann natürlich Alles rechtens. Und ohne realen Rechtsweg – lt. Aktenlage – Alles korrekt ? + !

• **Kreative Planung • i Sozialisierung unserer Marke in den digitalen Zeiten ! •**

— Beratung und Organisation zur Selbsthilfe und von Interessengruppierungen —

